Informations-freiheit für Wikipedia

– und für Vertrauen in den Staat

Wikimedia Deutschland

Inhalt

Inhalt 3

Executive Summary 4

Was ist Informationsfreiheit? 5

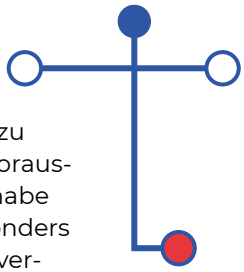
Warum ist Informationsfreiheit wichtig für die Wikipedia? 6

Wikipedia zeigt, wie wichtig Transparenz ist 7

Was lässt sich bei der Informationsfreiheit in Deutschland verbessern? 8

Transparenz macht die Verwaltung besser und effizienter 10

Executive Summary



Informationsfreiheit – das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen – ist eine zentrale Voraussetzung für Transparenz, demokratische Teilhabe und Innovation. Für die Wikipedia ist sie besonders bedeutsam: Staatliche Informationen liefern verlässliche Quellen, sichern Neutralität und ermöglichen eine faktenbasierte, kollektive und demokratische Wissensproduktion. Die Wikipedia lebt vor, wie Transparenz Vertrauen schafft – durch offene Versionsgeschichten, Diskussionsseiten und klare Quellenpflichten.

Deutschland liegt bei der Informationsfreiheit im internationalen Vergleich weit zurück. Probleme sind unter anderem reaktive Antragsverfahren statt proaktiver Veröffentlichung, breite Ausnahmetatbestände, hohe Gebühren, uneinheitliche Landesgesetze und mangelnde Digitalisierung. Internationale Beispiele wie Schweden, Neuseeland oder Mexiko zeigen, dass es besser geht.

Reformen hin zu einem modernen Transparenzgesetz würden nicht nur der Öffentlichkeit und freien Wissensprojekten wie der Wikipedia nutzen, sondern auch Verwaltungsabläufe effizienter machen und Vertrauen in staatliches Handeln stärken.

Was ist Informationsfreiheit?

Informationsfreiheit beschreibt das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen, also zu Informationen im Besitz staatlicher Stellen (wie Behörden, Ministerien oder öffentlichen Einrichtungen). Es ist ein zentrales Prinzip einer transparenten und demokratischen Gesellschaft.

Durch Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetze wie das Informationsfreiheitsgesetz in Deutschland (in Kraft seit 2006), das Offentlighetsprincipen in Schweden (1766) oder den Freedom of Information Act (1967) in den USA hat jede Person das Recht, Einsicht in amtliche Unterlagen zu nehmen – egal, wofür sie diese Informationen weiterverwenden möchte und ohne dass sie begründen muss, warum sie Zugang dazu erhalten möchte.

Ein Beispiel: Eine Bürgerin möchte wissen, wie viel eine neue Autobahn gekostet hat. Sie stellt einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beim zuständigen Ministerium – und bekommt die Planungs- und Kostenunterlagen ausgehändigt.

Ziele der Informationsfreiheit sind u.a.

(1) die Transparenz staatlichen Handelns
(2) die Kontrolle der Regierung durch die Öffentlichkeit
(3) die Stärkung demokratischer Teilhabe
(4) die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch
(5) die Förderung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Innovation
(6) ein gesteigertes Vertrauen in Politik und Verwaltung
(7) eine auf Transparenz und Wiederverwendbarkeit ausgerichtete Aktenführung staatlicher Stellen.

Warum ist Informationsfreiheit wichtig für die Wikipedia?

Informationsfreiheit ist in verschiedener Hinsicht eine wichtige Grundlage für freie, offene und faktenbasierte Wissensvermittlung – also genau das, was die Wikipedia leisten will:

(1) Sie ermöglicht den Zugang zu verlässlichen Informationen: Die Wikipedia legt großen Wert auf nachprüfbare Quellen. Wenn staatliche Informationen durch Informationsfreiheitsgesetze öffentlich zugänglich gemacht werden, können diese Quellen für Wikipedia-Artikel darstellen oder Berichterstattung ermöglichen, die wiederum als Quelle für Wikipedia-Artikel dient, etwa zu:

   (a) Verwaltungshandeln
   (b) politischen Entscheidungsprozessen
   (c) Verträgen von öffentlichem Interesse
   (d) staatlichen Statistiken
   (e) Umweltberichten, Studien, Gutachten etc.

   Der Zugang zu solchen Informationen trägt dazu bei, dass die Wikipedia-Ehrenamtlichen Artikel aktuell halten und vervollständigen können. Das bringt einen erheblichen Nutzen für Informationssuchende im Internet, denn alleine die deutschsprachige Wikipedia wird jeden Tag mehr als 26 Millionen Mal aufgerufen, also fast eine Milliarde Mal pro Monat.

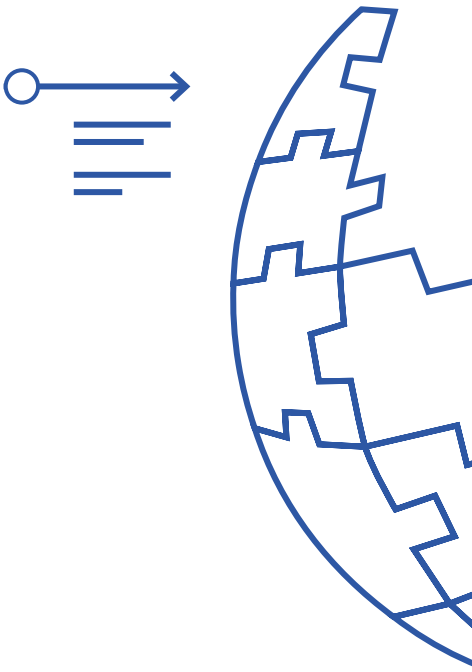
   Zwei Beispiele:

   a. Ein Wikipedia-User interessiert sich für den Standardbeladeplan für einen Rettungswagen der Berliner Feuerwehr und nutzt dafür die Informationen aus einer IFG-Anfrage, um den einschlägigen Wikipedia-Artikel zur Berliner Feuerwehr zu aktualisieren.

   b. Der/die Wikipedia-User*in Aefi4quo nutzt Informationen aus einer IFG-Anfrage zu der Anzahl der gemeldeten Verstöße gegen den Mietendeckel in Berlin und ergänzt damit den Wikipedia-Artikel zum Mietendeckel.

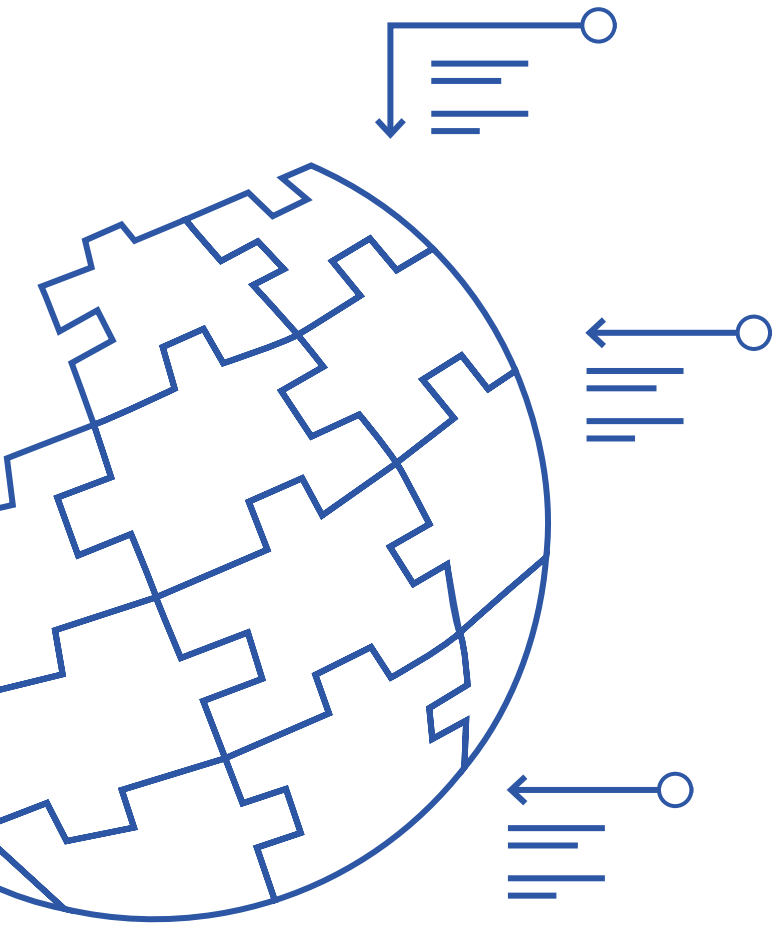
(2) Transparenz verhindert, dass Regierungen oder andere Akteure Informationen unterdrücken oder verzerren und schützt so vor Zensur und Desinformation. Für die Wikipedia, die sich der Neutralität verpflichtet hat, ist es essentiell, auf unabhängige, überprüfbare Dokumente zugreifen zu können – insbesondere bei kontroversen Themen. Offizielle Dokumente, die über das IFG zugänglich sind, helfen also, manipulative oder ideologisch gefärbte Darstellungen auszugleichen.

(3) Grundsätzlich geht es in der Wikipedia auch um die Demokratisierung von Wissen: Offene Systeme wie die Wikipedia zeigen, dass Wissen nicht autoritär kontrolliert werden muss, sondern in einem transparenten, kollektiven Prozess entstehen kann. Einschnitte in staatliche Transparenz bedrohen das demokratische Informationsökosystem, in dem Wikipedia florieren kann. In einer zunehmend digitalen Wissensgesellschaft ist staatliche Offenheit eine Voraussetzung für eine informierte Öffentlichkeit – und damit für die Wikipedia selbst.



Wikipedia zeigt, wie wichtig Transparenz ist

Millionen Menschen nutzen die Enzyklopädie jeden Tag, weil sie einfach und kostenfrei Wissen zu fast allen Fragen bietet – und weil sie die Transparenz der größten Online-Enzyklopädie schätzen. Denn die schafft Vertrauen. Woher das Wissen in der Wikipedia kommt, wer es wann nach welchen Regeln zusammengetragen hat – all das ist jederzeit nachvollziehbar. Das erkennt man unter anderem an:



(1) der offenen Versionsgeschichte: Jede Seite besitzt eine öffentlich einsehbare Versionsgeschichte, in der alle Änderungen dokumentiert sind – inklusive Zeitpunkt, Benutzername (oder IP-Adresse) und konkreter Änderungen.

(2) den Diskussionsseiten: Zu jedem Artikel gibt es eine Diskussionsseite, auf der offen über Inhalte, Formulierungen oder Streitfragen gesprochen wird. Das zeigt, dass Wissen nicht einfach gesetzt, sondern ausgehandelt wird.

(3) den Beleg- und Quellenpflichten: Inhalte müssen mit verlässlichen Quellen belegt werden. Leser*innen können selbst nachvollziehen, woher Informationen stammen. Originalforschung ist nicht erlaubt.

(4) den öffentlichen Regeln und Richtlinien: Die Wikipedia hat transparente und zugängliche Regelwerke (z. B. Neutralität, Relevanzkriterien, Verifizierbarkeit), die für alle gelten und öffentlich einsehbar sind.

(5) der offenen Mitwirkung: Jede*r kann mitarbeiten, Änderungen vornehmen oder diskutieren – es gibt keine versteckten Entscheidungsstrukturen.

(6) der Transparenz bei Konflikten: Auseinandersetzungen (z. B. über Artikelinhalte) werden öffentlich dokumentiert, inklusive Schlichtungsverfahren und Entscheidungen, die Wikipedia-Administrator*innen zur Lösung des Konflikts treffen. Administrator*innen sind erfahrene Wikipedianer*innen, die in diese Rolle gewählt werden und damit besondere Rechte haben – etwa bei Konflikten über Artikelinhalte zu entscheiden.

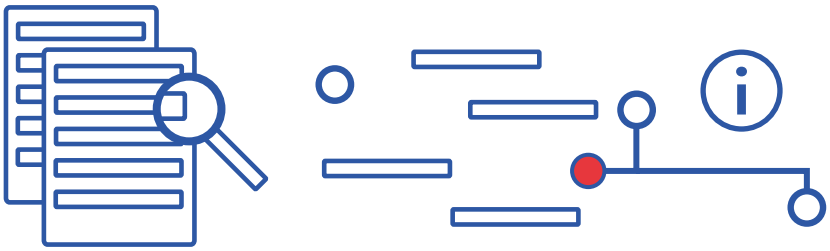
Was lässt sich bei der Informationsfreiheit in Deutschland verbessern?

Die Rahmenbedingungen für Informationsfreiheit in Deutschland sind deutlich ausbaufähig. Im Global Right to Information Rating 2024 vom Centre for Law and Democracy und Access Info Europe liegt Deutschland auf dem vorletzten Platz in Europa. Nur Weißrussland schneidet noch schlechter ab. Auch die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (GRECO) hat das deutsche IFG 2020 stark kritisiert, insbesondere die breit gefassten Ausnahmetatbestände und die mitunter hohen Gebühren. Diese Kritik hat die GRECO 2025 erneuert.

Ein zivilgesellschaftliches Bündnis, zu dem auch Wikimedia Deutschland gehört, hat vor dem Hintergrund dieser Missstände bereits einen Gesetzentwurf für ein Bundestransparenzgesetz vorgelegt. Denn Fakt ist: Andere Länder haben zum Teil deutlich fortschrittlichere Transparenzgesetze, im Falle von Schweden sogar bereits seit 250 Jahren. Doch was machen andere Länder bereits besser? Und wie lässt sich Informationsfreiheit in Deutschland stärken?

(1) Das IFG ist überwiegend reaktiv, d.h. Informationen werden erst auf Anfrage hin bereitgestellt. Eine proaktive Veröffentlichung von Informationen (z.B. Gesetzentwürfe und die entsprechenden Stellungnahmen dazu, Gutachten oder Verträge der öffentlichen Hand mit einer Summe von über 100.00 Euro) durch Behörden, idealerweise auf einem Transparenzportal wie etwa in Hamburg, erhöht nicht nur die Transparenz. Sie verringert auch den Verwaltungsaufwand, der sich aus der Bearbeitung einzelner Anfragen ergibt. Der irische Freedom of Information Act (2014) sieht beispielsweise umfassende proaktive Veröffentlichungspflichten vor, unter anderem für Finanzinformationen, Auftragsvergaben oder Prozesse der Entscheidungsfindung für wichtige Gesetzesvorschläge.

(2) Das IFG enthält eine lange Liste an Ausnahmetatbeständen, die den Zugang zu Informationen einschränken können. Diese Ausnahmen, vor allem mit Hinblick auf Verschlusssachen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und geistiges Eigentum, sollten überprüft und gegebenenfalls reduziert werden, um die Transparenz zu erhöhen. Dies nutzt auch den Behörden selbst, indem es den Verwaltungsaufwand reduziert, der sich aus der aufwändigen Prüfung, ob ein Ausnahmetatbestand greift, ergibt. Außerdem erhöht es die Rechtssicherheit und fördert den Vertrauens- und Imagegewinn in der Bevölkerung. Mexikos Transparenzgesetz (2015) erlaubt die Ablehnung eines Auskunftsersuchens nur in sehr wenigen, genau definierten Fällen. Diese Ausnahmen müssen immer genau begründet und zeitlich begrenzt sein. Es gilt außerdem ein „Test of Harm", d.h. die Behörde muss konkret nachweisen, dass durch die Offenlegung ein tatsächlicher Schaden entstehen würde.



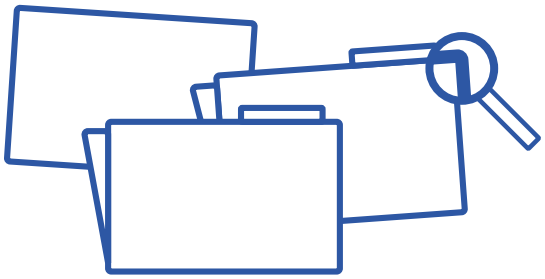
(3) Im deutschen IFG fehlt bislang eine Abwägungsklausel, die besagt, dass Ausnahmen vom Grundsatz der Transparenz nicht greifen dürfen, wenn das öffentliche Interesse an der Information schwerer wiegt als mögliche Geheimhaltungsgründe. Der neuseeländische Official Information Act (1982) sieht für die meisten Ausnahmetatbestände einen „Public Interest Test" vor, der genau dies prüft. Überwiegt das öffentliche Interesse an der Offenlegung das Bedürfnis, die Informationen zurückzuhalten, so müssen sie freigegeben werden. Auch das deutsche Umweltinformationsgesetz (UIG), das ähnlich dem IFG den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Umwelt regelt, beinhaltet bereits eine Einzelfallabwägungsklausel.

(4) Gebühren von bis zu 500 Euro im Bund (und zum Teil noch deutlich mehr in den Ländern) für die Bearbeitung von IFG-Anfragen in Deutschland sind eine erhebliche Barriere, insbesondere für Einzelpersonen und kleinere Organisationen. Das Erheben der Gebühren verursacht dabei für die Verwaltung mitunter mehr Kosten, als durch diese gedeckt werden. Nach dem schwedischen Offentlighetsprincipen (1766) ist der Zugang zu amtlichen Dokumenten kostenlos. Nur Papierkopien werden gegebenenfalls kostenpflichtig abgerechnet – der Einblick selbst ist immer kostenfrei. Wird ein Dokument bereits in digitaler Form gehalten, ist auch der digitale Zugang kostenlos.

(5) Das IFG gilt nur für Bundesbehörden. Die Informationsfreiheitsgesetze der Bundesländer sind unterschiedlich und mal mehr, mal weniger fortschrittlich, in Bayern und Niedersachsen gibt es sogar gar kein Informationsfreiheitsgesetz. Eine Harmonisierung und Stärkung der Landesgesetze wäre daher wünschenswert. Denn auch in Deutschland gibt es gute und bewährte Beispiele, darunter das Transparenzgesetz in Hamburg (2012), oder auch die Transparenzgesetze in Rheinland-Pfalz (2016) und Schleswig-Holstein (2022). So sieht Hamburg eine breite, proaktive Veröffentlichung bestimmter behördlicher Informationen vor (z.B. Verwaltungsanweisungen oder öffentliche Verträge), stellt diese unter transparenz.hamburg.de auf einem zentralen Transparenzportal online zur Verfügung und erhebt für die meisten Anfragen keine Gebühren.

(6) Letztlich ist natürlich auch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse entscheidend, um den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Eine bessere digitale Infrastruktur würde Informationsfreiheit in Deutschland enorm stärken, indem sie die Verwaltung befähigt, große Mengen an Daten offen, automatisiert und standardisiert bereitzustellen und Hürden für marginalisierte Gruppen senkt (Stichwort Barrierefreiheit und Ortsunabhängigkeit). Gleichzeitig kann eine fortschrittliche Transparenz-Gesetzgebung einen wichtigen Impuls für eine gut durchdachte Digitalisierungsstrategie und deren Umsetzung darstellen. Estland zeigt, dass digitale Infrastruktur und Transparenz einander beflügeln. Die Verknüpfung moderner Infrastruktur mit klaren gesetzlichen Standards schafft dort einen Rahmen, in dem Zugriff auf staatliche Informationen effizient, inklusiv und automatisiert möglich ist.

Transparenz macht die Verwaltung besser und effizienter

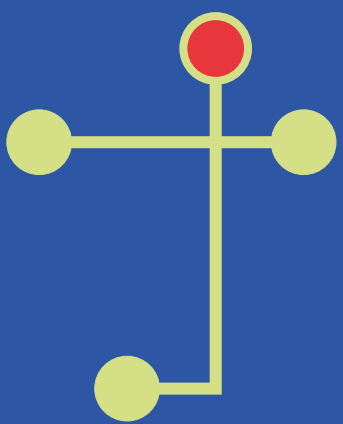


Gelegentlich trifft man auf die Behauptung, dass Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze der ohnehin überlasteten Verwaltung lediglich Mehrarbeit veschaffen würden, ohne dass ein Nutzen für die Verwaltung selbst damit verbunden sei. Evaluationen der Transparenzgesetze in Hamburg und Rheinland-Pfalz zeigen aber: Gerade die zur Transparenz verpflichteten Verwaltungen selbst profitieren in großem Umfang von den mit solch einem Gesetz einhergehenden Organisationspflichten. Denn eine auf Transparenz und Wiederverwendbarkeit ausgerichtete (digitale) Aktenführung staatlicher Stellen legt die Grundlagen für bessere interne Informationsflüsse und eine niederschwelligere Wiederverwendung dieser Informationen auch innerhalb von Behörden. Die Evaluation aus Hamburg zeigt deutlich, dass ein großer Teil der Zugriffe auf das Transparenzportal von den öffentlichen Stellen selbst ausgeht.

Werden bestimmte Informationen von den Behörden proaktiv veröffentlicht, reduziert dies auch den Aufwand der individuellen Prüfung von Informationsfreiheitsanfragen erheblich. Besonders im Zusammenspiel mit gut etablierten Workflows kann dies die Arbeitslast der Verwaltung deutlich lindern. In einer Anhörung zum Transparenzgesetz in Berlin von 2019 betonte der Leiter des Hamburger Transparenzportals beispielsweise, dass neue Informationen spätestens 48 Stunden nach ihrer Erstellung online verfügbar seien – ein Zeichen für eine gut geölte digitale Verwaltung.

Das Prinzip des Amtsgeheimnisses ist zwar längst passé. Dennoch hält sich eine solche Einstellung bei manchen Behörden weiterhin. Werkzeuge wie Informationsfreiheits- oder Transparenzgesetze bieten eine Möglichkeit, den gewünschten Kulturwandel zu unterstützen – indem Behörden direkt erfahren, dass die Veröffentlichung von Informationen im weit überwiegenden Teil der Fälle keine negativen Konsequenzen für sie hat. Im Gegenteil, die Evaluationen aus Hamburg und Rheinland-Pfalz zeigen auch, dass Transparenzgesetze das Vertrauen der Bürger*innen in eine leistungsfähige Verwaltung fördern und die Akzeptanz ihrer Entscheidungen erhöhen.

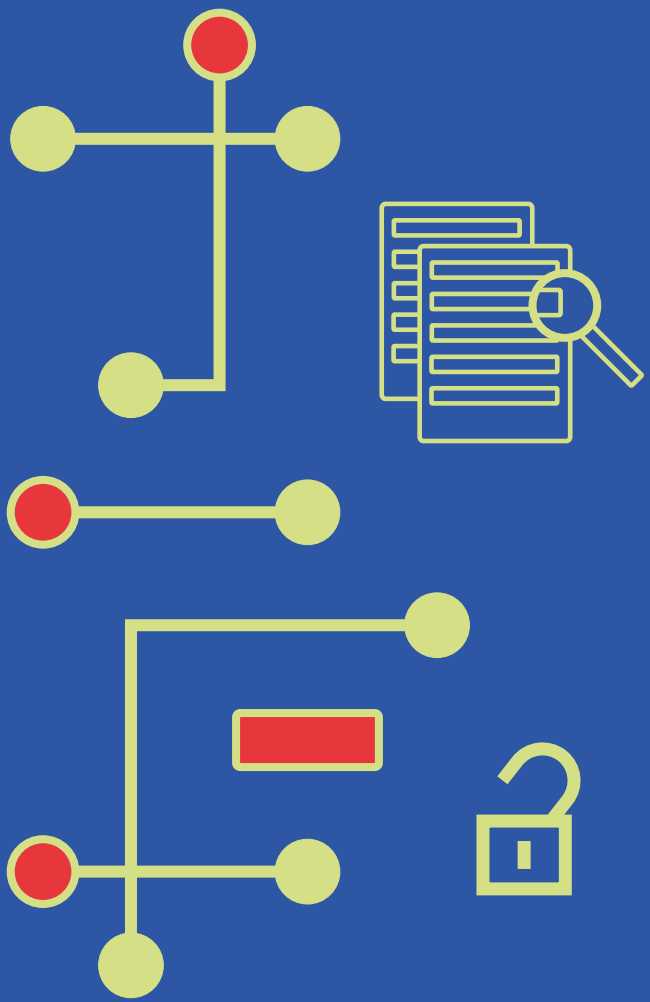
Verschiedene Bundesregierungen haben sich bereits eine Reform des IFG auf die Fahnen geschrieben. Gleichzeitig wird ein deutlicher Fortschritt bei der Verwaltungsdigitalisierung angestrebt. Dies muss zusammengedacht werden. Denn Transparenz ist die notwendige Voraussetzung für eine moderne, effiziente und nachvollziehbare Verwaltung, die Vertrauen schafft.

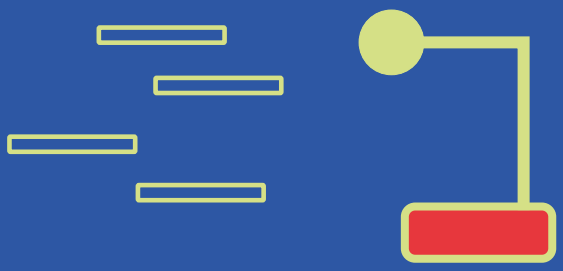


Über Wikimedia Deutschland

Wikimedia Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit über 110.000 Mitgliedern und 180 Beschäftigten, der sich für die Förderung von frei verfügbarem Wissen im digitalen Raum einsetzt. Als größte Ländervertretung der internationalen Wikimedia-Bewegung fördert der Verein die ehrenamtlichen Communitys der Wikipedia und weiterer Wikimedia-Projekte in Deutschland. Wikimedia Deutschland entwickelt und pflegt freie Software und die freie Datenbank Wikidata. Der Verein engagiert sich im digital- und bildungspolitischen Bereich für Rahmenbedingungen, die den freien Zugang zu Wissen und Daten möglich machen. Zudem kooperieren wir mit Kulturinstitutionen, um mehr kulturelles Erbe frei zugänglich zu machen.

Bei Fragen oder Gesprächsbedarf zu den Inhalten kontaktieren Sie gerne
Jan-David Franke
Referent Politik und öffentlicher Sektor
jan-david.franke@wikimedia.de





Impressum

Wikimedia Deutschland e. V.
Tempelhofer Ufer 23/24
10963 Berlin

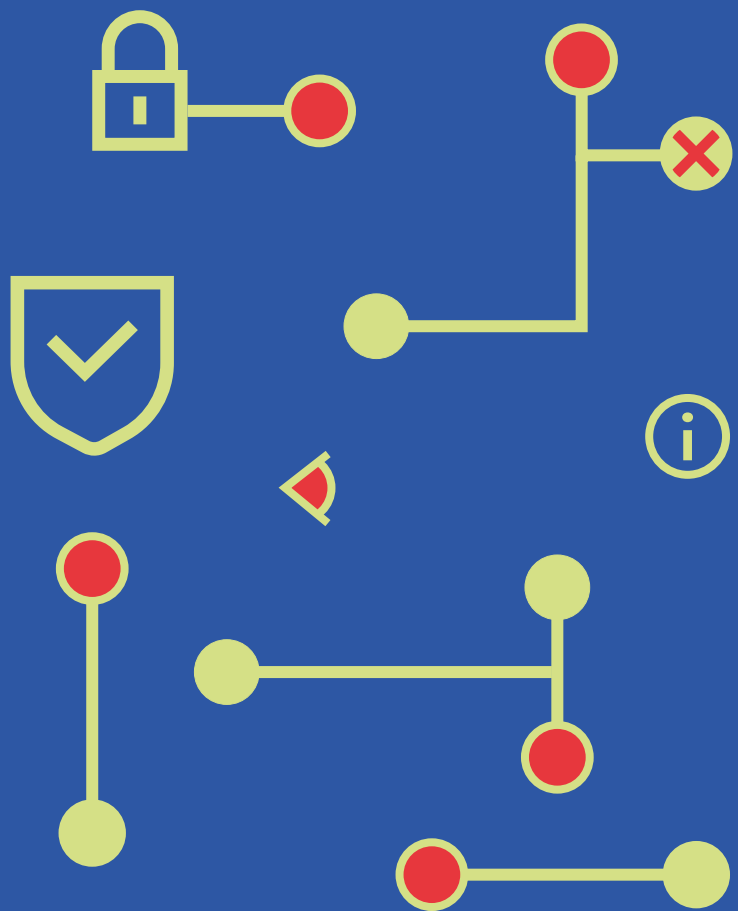
Telefon: +49 (0) 30 577 11 620

Geschäftsführende Vorständin
Franziska Heine
Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg,
VR 23855

Redaktion
Franziska Kelch

Inhaltlich verantwortlich
Lilli Iliev

Gestaltung
Rasmus Giesel, MOR Design,
www.mor-design.de

Die Texte und das Layout dieser Broschüre werden unter den Bedingungen der »Creative Commons Attribution«-Lizenz CC BY-SA in der Version 4.0 veröffentlicht.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Alle Links in dieser Publikation wurden letztmalig am 17. September 2025 abgerufen